

Finanzausgleichsgesetz

vom 23. September 2007 (Stand 1. Januar 2019)

Der Kantonsrat des Kantons St.Gallen

hat von der Botschaft der Regierung vom 24. und 31. Oktober 2006¹ Kenntnis genommen und

erlässt

in Ausführung von Art. 85 der Kantonsverfassung vom 10. Juni 2001²

als Gesetz:³

I. Allgemeine Bestimmungen

(1.)

Art. 1 *Gegenstand*

¹ Dieser Erlass regelt den Finanzausgleich zwischen dem Kanton und den politischen Gemeinden (im Folgenden Gemeinden).

Art. 2 *Ziele*

¹ Der Finanzausgleich bezweckt die Verringerung der finanziellen Unterschiede zwischen den Gemeinden, die auf eine geringe Steuerkraft oder auf übermässige Belastungen zurückzuführen sind.

² Er ist so ausgestaltet, dass er:

- a) die wirtschaftliche und wirksame Verwendung der den Gemeinden zur Verfügung stehenden Finanzmittel unterstützt;
- b) die Handlungsfähigkeit der Gemeinden und die Gemeindeautonomie stärkt;
- c) die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinden fördert;
- d) auf Änderungen in der Aufgaben- und Einnahmenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden sowie auf andere Änderungen finanzrelevanter Rahmenbedingungen flexibel reagiert.

1 ABl 2006, 3121 ff.

2 sGS 111.1.

3 Abgekürzt FAG. Vom Kantonsrat erlassen am 24. April 2007, in der Volksabstimmung angenommen und rechtsgültig geworden am 23. September 2007; in Vollzug ab 1. Januar 2008.

813.1

Art. 3 *Instrumente*

¹ Instrumente des Finanzausgleichs sind:

- a) der Ressourcenausgleich;
- b) der allgemeine Sonderlastenausgleich;
- b^{bis})* die interkommunale Zusammenarbeit mit Vorteilsabgeltung;
- c)* ...
- d) der Übergangsausgleich während der Übergangszeit.

Art. 4 *Zweckfreiheit der Beiträge*

¹ Die Finanzausgleichsbeiträge werden den Gemeinden ohne Zweckbindung ausgerichtet.

II. Ressourcenausgleich

(2.)

Art. 5 *Grundsatz*

¹ Der Ressourcenausgleich erhöht die Mittelausstattung der Gemeinden mit geringer Steuerkraft.

Art. 6 *Beitragsberechtigung*

¹ Einen Beitrag aus dem Ressourcenausgleich erhalten Gemeinden, deren technische Steuerkraft tiefer ist als die Ausgleichsgrenze.

² Die Ausgleichsgrenze wird durch den Ausgleichsfaktor und den kantonalen Durchschnitt der technischen Steuerkraft bestimmt.

Art. 7* *Bestimmungsfaktoren*

¹ Die Höhe des Ausgleichsbeitrags ist abhängig von:

- a) der technischen Steuerkraft der beitragsberechtigten Gemeinde;
- b) dem kantonalen Durchschnitt der technischen Steuerkraft;
- c) dem Ausgleichsfaktor;
- d)* der Einwohnerzahl der beitragsberechtigten Gemeinde.
- e)* ...

² Für die Bestimmungsfaktoren nach Abs. 1 Bst. a und b dieser Bestimmung gilt der zweijährige Mittelwert.*

Art. 8 Technische Steuerkraft

¹ Der kantonale Durchschnitt der technischen Steuerkraft entspricht dem standardisierten Ertrag, den die Gemeinden insgesamt aus der Einkommens- und Vermögenssteuer, der Quellensteuer, der Gewinn- und Kapitalsteuer, der Grundsteuer, der Handänderungssteuer sowie der Grundstückgewinnsteuer je Einwohnerin und Einwohner erzielen.

² Die technische Steuerkraft einer Gemeinde entspricht dem standardisierten Ertrag, den sie aus der Einkommens- und Vermögenssteuer, der Quellensteuer, der Gewinn- und Kapitalsteuer, der Grundsteuer, der Handänderungssteuer und der Grundstückgewinnsteuer je Einwohnerin und Einwohner erzielt.

³ Die einzelnen Steuerarten werden bei der Berechnung der technischen Steuerkraft nach Massgabe ihrer finanziellen Bedeutung für die Gemeinden berücksichtigt.

Art. 9 Ausgleichsfaktor

¹ Der Ausgleichsfaktor liegt zwischen 90 und 100 Prozent.

² Er wird vom Kantonsrat auf Antrag der Regierung mit einem einfachen, nicht referendumpflichtigen Beschluss für vier Jahre festgelegt.*

Art. 10 Höhe des Ausgleichsbeitrags*

¹ Die Höhe des Ausgleichsbeitrags einer Gemeinde wird nach der Formel in Anhang 1 zu diesem Erlass berechnet.

III. Allgemeiner Sonderlastenausgleich (3.)

1. Sonderlastenausgleich Weite (3.1.)

Art. 11 Grundsatz

¹ Der Sonderlastenausgleich Weite gleicht übermässige Belastungen der Gemeinden mit hohen geographisch-topographischen Kosten aus.*

Art. 12 Beitragsberechtigung

¹ Anspruch auf einen Sonderlastenausgleich Weite haben die Gemeinden mit einem überdurchschnittlichen Indexwert Weite je Einwohnerin und Einwohner.*

813.1

Art. 13 *Ausgleichsbeitrag* a) *Bestimmungsfaktoren*

¹ Die Höhe des Ausgleichsbeitrags ist abhängig von:

- a) der Einwohnerzahl der beitragsberechtigten Gemeinde;
- b)* dem Indexwert Weite der beitragsberechtigten Gemeinde;
- c)* ...
- d)* dem Indexwert Weite aller Gemeinden;
- e)* dem Koeffizienten je Indexpunkt Weite;
- f)* dem Beitragssatz von 90 Prozent.

² Der Indexwert Weite ergibt sich aus:*

- a) der gewichteten Strassenlänge;
- b) der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner mit Wohnsitz über 800 Meter über Meer;
- c) der Gemeindefläche je Einwohnerin und Einwohner;
- d) der Streuung bedeutender Siedlungen auf dem Gemeindegebiet, die nicht in der Nähe anderer bedeutender Siedlungen liegen.

Art. 14 *b) gewichtete Strassenlänge*

¹ Für die Berechnung der gewichteten Strassenlänge sind massgebend:

- a) Strassenklasse nach dem Strassengesetz vom 12. Juni 1988;⁴
- b) Länge und Höhenlage der Gemeindestrassen;
- c) Länge und Höhenlage der Wege erster Klasse und der Gehwege;
- d) Länge der Kantonsstrassen zweiter Klasse innerhalb der Bauzonen.

² Strassen dritter Klasse werden berücksichtigt, soweit die Gemeinde Beiträge nach dem Strassengesetz vom 12. Juni 1988⁵ zu leisten hat.

Art. 15* ...

Art. 16* *d) Höhe des Ausgleichsbeitrags*

¹ Die Höhe des Ausgleichsbeitrags einer Gemeinde wird nach der Formel in Anhang 2 zu diesem Erlass berechnet.

Art. 17* *e) Kürzung*

¹ Der Ausgleichsbeitrag wird nach der Regel in Anhang 5 zu diesem Erlass gekürzt.*

² ...*

4 sGS 732.1.

5 sGS 732.1.

Ibis. Soziodemographischer Sonderlastenausgleich*(3.1^{bis})*Art. 17a* Grundsatz*

¹ Der soziodemographische Sonderlastenausgleich gleicht übermässige Belastungen der Gemeinden mit hohen Sozialkosten aus.

Art. 17a^{bis} Beitragsberechtigung*

¹ Anspruch auf einen soziodemographischen Sonderlastenausgleich haben die Gemeinden, die eine positive Summe folgender Faktoren aufweisen:

- a) Sonderlasten bei der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen;
- b) Sonder- oder Minderlasten bei der Sozialhilfe;
- c) Sonder- oder Minderlasten bei der stationären Pflege nach Art. 9 des Gesetzes über die Pflegefinanzierung vom 13. Februar 2011⁶.

Art. 17a^{ter} Höhe des Ausgleichbeitrags*

¹ Die Höhe des Ausgleichsbeitrags einer Gemeinde wird nach der Formel in Anhang 2a Bst. e zu diesem Erlass berechnet.

Art. 17b ...**Art. 17c* Unterbringung von Kindern und Jugendlichen**

¹ Sonderlasten einer Gemeinde bei der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen sind abhängig von:*

- a)* dem Nettoaufwand der jeweiligen Gemeinde und dem Nettoaufwand im kantonalen Durchschnitt je Einwohnerin und Einwohner für:
 - 1.* die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Kinder- und Jugendheimen nach der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE vom 20. September 2002⁷;
 - 2.* die Unterbringung bei Pflegeeltern mit einer Bewilligung zur Familienpflege nach Art. 4 der eidgenössischen Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern vom 19. Oktober 1977⁸;
 - 3.* die sozialpädagogische Familienbegleitung im Rahmen der betreuenden Sozialhilfe zur Vermeidung von Fremdplatzierungen von Kindern und Jugendlichen;
- b)* ...
- c)* der Einwohnerzahl der jeweiligen Gemeinde;
- d)* dem Beitragssatz.

6 sGS 331.2.

7 sGS 381.31.

8 SR 211.222.338.

813.1

^{1bis} Der Beitragssatz beträgt bei einer überdurchschnittlichen Belastung 60 Prozent.*

² Die Höhe der Sonderlasten einer Gemeinde wird nach der Formel in Anhang 2a Bst. a zu diesem Erlass berechnet.*

*Art. 17d** ...

*Art. 17e** *Sozialhilfe**

¹ Sonder- oder Minderlasten einer Gemeinde bei der Sozialhilfe sind abhängig von:*

a)* dem Nettoaufwand der jeweiligen Gemeinde und dem Nettoaufwand im kantonalen Durchschnitt je Einwohnerin und Einwohner für:

- 1.* finanzielle Sozialhilfe;
- 2.* Elternschaftsbeiträge;
- 3.* Vorschüsse für Unterhaltsbeiträge;
- 4.* arbeitsmarktliche Projekte der Sozialhilfe von gemeinnützigen Trägern für die berufliche Wiedereingliederung schwer vermittelbarer Arbeitsloser;

b)* ...

c)* der Einwohnerzahl der jeweiligen Gemeinde;

d)* dem Beitragssatz.

^{1bis} Der Beitragssatz beträgt:*

a) bei einer überdurchschnittlichen Belastung 60 Prozent;

b) bei einer unterdurchschnittlichen Belastung 20 Prozent.

² Die Höhe der Sonder- oder Minderlasten einer Gemeinde wird nach der Formel in Anhang 2a Bst. b zu diesem Erlass berechnet.*

*Art. 17f** ...

*Art. 17g** *Stationäre Pflege**

¹ Sonder- oder Minderlasten einer Gemeinde bei der stationären Pflege sind abhängig von:*

a)* dem Nettoaufwand der jeweiligen Gemeinde für die stationäre Pflege je Einwohnerin und Einwohner;

b)* dem Nettoaufwand für die stationäre Pflege je Einwohnerin und Einwohner im kantonalen Durchschnitt;

c)* der Einwohnerzahl der jeweiligen Gemeinde;

d)* dem Beitragssatz.

^{1bis} Der Beitragssatz beträgt:*

- a) bei einer überdurchschnittlichen Belastung 60 Prozent;
- b) bei einer unterdurchschnittlichen Belastung 20 Prozent.

² Die Höhe der Sonder- oder Minderlasten einer Gemeinde wird nach der Formel in Anhang 2a Bst. c zu diesem Erlass berechnet.*

Art. 17h* ...

Art. 17i* ...

2. Sonderlastenausgleich Schule

(3.2.)

Art. 18 *Grundsatz*

¹ Der Sonderlastenausgleich Schule gleicht übermässige Belastungen der Gemeinden mit hohen Bildungskosten aus.*

Art. 19 *Beitragsberechtigung*

¹ Anspruch auf einen Sonderlastenausgleich Schule haben die Gemeinden, die eine positive Summe folgender Faktoren aufweisen:*

- a)* Sonder- oder Minderlasten bei der Volksschule;
- b)* Sonderlasten bei der Sonderschule.

Art. 19a* *Ausgleichsbeitrag*
a) *Höhe*

¹ Die Höhe des Ausgleichsbeitrags einer Gemeinde wird nach der Formel in Anhang 3 Bst. c zu diesem Erlass berechnet.

Art. 19b* *b) Kürzung*

¹ Der Ausgleichsbeitrag wird nach der Regel in Anhang 5 zu diesem Erlass gekürzt.

Art. 20 *Volksschule**

¹ Sonder- oder Minderlasten einer Gemeinde bei der Volksschule sind abhängig von:*

- a)* der Einwohnerzahl der jeweiligen Gemeinde;
- b)* der gewichteten Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Volksschule mit Wohnsitz in der jeweiligen Gemeinde;
- c)* dem kantonalen Durchschnitt der Kosten je Schülerin und Schüler in der Volksschule;
- d)* dem Beitragssatz.

813.1

² Für die Gewichtung der Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Volksschule sind massgebend:*

- a) der Anteil der 5- bis 14-jährigen Angehörigen nicht deutschsprachiger Staaten an der Bevölkerungsgruppe der 5- bis 14-Jährigen;
- b) der Anteil der Arbeitslosen an der 15- bis 64-jährigen ständigen Wohnbevölkerung;
- c) der Anteil der 5- bis 14-jährigen Empfängerinnen und Empfänger finanzieller Sozialhilfe an der Bevölkerungsgruppe der 5- bis 14-Jährigen;
- d) der Anteil der steuerpflichtigen Haushalte mit unter 15-jährigen Kindern, die über ein steuerbares Einkommen unterhalb des ersten Quartils der kantonalen Einkommensverteilung verfügen, an der Gesamtzahl der steuerpflichtigen Haushalte mit unter 15-jährigen Kindern.

³ Die Höhe der Sonder- oder Minderlasten einer Gemeinde wird nach der Formel in Anhang 3 Bst. a zu diesem Erlass berechnet.*

Art. 20a Sonderschule**

¹ Sonderlasten einer Gemeinde bei der Sonderschule sind abhängig von:*

- a)* der Einwohnerzahl der jeweiligen Gemeinde;
- b)* der Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Sonderschule mit Wohnsitz in der jeweiligen Gemeinde;
- c)* dem Pauschalbetrag je Schülerin und Schüler in der Sonderschule von Fr. 11'000.-;
- d)* dem Beitragssatz.

² Die Höhe der Sonderlasten einer Gemeinde wird nach der Formel in Anhang 3 Bst. b zu diesem Erlass berechnet.*

*Art. 21 Beitragssatz**

¹ Der Beitragssatz in der Volksschule entspricht:*

- a)* bei einer überdurchschnittlichen Belastung 65 Prozent;
- b)* bei einer unterdurchschnittlichen Belastung 20 Prozent.

² Der Beitragssatz in der Sonderschule entspricht bei einer überdurchschnittlichen Belastung 65 Prozent.*

*Art. 22** ...

*Art. 23** ...

3. Sonderlastenausgleich Stadt St.Gallen

(3.3.)

Art. 24 Grundsatz

¹ Der Sonderlastenausgleich Stadt St.Gallen bezweckt den teilweisen Ausgleich:

- a) der zentralörtlichen Leistungen der Gemeinde St.Gallen;
- b)* ...

Art. 25 Ausgleichsbeitrag für zentralörtliche Leistungen a) Höhe

¹ Der jährliche Ausgleichsbeitrag zur teilweisen Abgeltung der zentralörtlichen Leistungen der Gemeinde St.Gallen beträgt 10 Mio. Franken.*

² Die Gemeinde St.Gallen erhält zusätzlich 6 Mio. Franken als Ersatz für fehlende horizontale Abgeltungen ausserkantonalen Gemeinwesen. *

a)* ...

b)* ...

³ Zahlungen von ausserkantonalen Gemeinwesen, die nach Vollzugsbeginn dieses Erlasses zur Abgeltung zentralörtlicher Leistungen der Gemeinde St.Gallen geleistet werden, werden den Beiträgen nach Abs. 2 dieser Bestimmung angerechnet.*

Art. 26 b) jährliche Anpassung

¹ Die Teilbeiträge nach Art. 25 Abs. 1 und 2 dieses Erlasses werden jährlich der Teuerung angepasst.

Art. 27 c) ausserordentliche Anpassung

¹ Die Höhe des Ausgleichsbeitrags wird überprüft, wenn sich der Umfang der zentralörtlichen Leistungen, welche die Gemeinde St.Gallen erbringt, aufgrund von Anpassungen der kantonalen Gesetzgebung wesentlich ändert.

Art. 28* ...

Art. 29* ...

Art. 30* ...

Art. 30a* ...

IIIbis. Interkommunale Zusammenarbeit mit Vorteilsabgeltung* (3bis.)

Art. 30b Zweck*

¹ Die interkommunale Zusammenarbeit mit Vorteilsabgeltung bezweckt:

- a) Sicherstellung einer Grundversorgung mit öffentlichen Leistungen;
- b) wirtschaftliche Erfüllung kommunaler Aufgaben in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden;
- c) angemessene Abgeltung gemeindeübergreifender Leistungen;
- d) angemessene Abgeltung zentral erbrachter Leistungen, deren Nutzung auch anderen Gemeinden zur Verfügung steht.

Art. 30c Zusammenarbeit*

¹ Die interkommunale Zusammenarbeit erfolgt freiwillig.

² Wenn eine gebotene Zusammenarbeit zwischen Gemeinden unterbleibt, können Finanzausgleichsbeiträge und andere Leistungen des Kantons an die betroffenen Gemeinden gekürzt werden. Massgebend für die Beitragskürzung sind insbesondere die durch eine unterbliebene Zusammenarbeit bedingten Mehraufwendungen dieser und der anderen Gemeinden.

Art. 30d Vorteilsabgeltung*

a) Grundsatz

¹ Die Gemeinden gelten anderen Gemeinden besondere Vorteile ab, die ihnen aus der Erfüllung von Aufgaben durch diese anderen Gemeinden erwachsen.

² Die Höhe der Abgeltung bemisst sich insbesondere nach:

- a) der effektiven Beanspruchung der erbrachten Leistungen;
- b) dem Umfang der Mitsprache- und Mitwirkungsrechte an der Aufgabenerfüllung;
- c) dem Einfluss der erbrachten Leistungen auf die Standortqualität der leistungserbringenden und der leistungsbeziehenden Gemeinde.

Art. 30e b) Verpflichtung*

¹ Die Regierung kann eine Gemeinde oder mehrere Gemeinden zur Abgeltung besonderer Vorteile verpflichten, wenn eine Gemeinde oder mehrere Gemeinden, die im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit mit Vorteilsabgeltung Leistungen erbringen, dies beantragen.

² Die allenfalls zu verpflichtenden Gemeinden werden vor dem Entscheid angehört.

Art. 30f c) Beendigung der Verpflichtung*

¹ Die Verpflichtung zur Vorteilsabgeltung kann für höchstens 25 Jahre angeordnet werden.

² Die Regierung kann die Verpflichtung zur Vorteilsabgeltung vorzeitig aufheben, insbesondere wenn wenigstens die Hälfte der an der Zusammenarbeit beteiligten Gemeinden die Aufhebung verlangt.

³ Die Gemeinden können frühestens fünf Jahre nach Anordnung der Vorteilsabgeltung einen Antrag auf Aufhebung der Verpflichtung stellen.

IV. Zusätzlicher Ausgleich für Gemeinden mit hohem Steuerfuss (4.)**1. Gemeinsame Bestimmungen** (4.1.)

*Art. 31** ...

*Art. 32** ...

*Art. 33** ...

*Art. 34** ...

2. Partieller Steuerfussausgleich (4.2.)

*Art. 35** ...

*Art. 36** ...

*Art. 37** ...

*Art. 38** ...

*Art. 39** ...

*Art. 40** ...

3. Individueller Sonderlastenausgleich (4.3.)

*Art. 41** ...

813.1

Art. 42* ...

Art. 43* ...

V. Ergänzende Bestimmungen

(5.)

Art. 44 *Wirksamkeitsbericht*
 a) Grundsatz

¹ Die Regierung legt dem Kantonsrat alle vier Jahre einen Bericht über den Vollzug und die Wirksamkeit des Finanzausgleichs vor.

² Der Bericht gibt Aufschluss über die Erreichung der Ziele des Finanzausgleichs und zeigt Möglichkeiten für angezeigte Verbesserungen auf.

³ Mit dem Wirksamkeitsbericht stellt die Regierung Antrag auf Festlegung des Ausgleichsfaktors des Ressourcenausgleichs für die nächsten vier Jahre.

Art. 45 *b) Besondere Anforderungen*

¹ Übersteigt die Gesamtsteuerbelastung einer oder mehrerer Gemeinden den kantonalen Durchschnitt der Gesamtsteuerbelastung um mehr als 6 Prozent, zeigt der Wirksamkeitsbericht zusätzlich auf:

- a) welches die Gründe für die hohen Steuerfüsse in den betreffenden Gemeinden sind;
- b) mit welchen Massnahmen die Steuerfüsse der betreffenden Gemeinden gesenkt werden können.

² Die Gesamtsteuerbelastung einer Gemeinde entspricht der Summe des Steuerfusses der Gemeinde und des Staatssteuerfusses des Kantons.⁹

Art. 46 *Finanzierung*

¹ Der Aufwand des Kantons für den Finanzausgleich wird finanziert aus:

- a) allgemeinen Mitteln;
- b) Mitteln des Strassenverkehrs.

² Mittel des Strassenverkehrs werden in dem Umfang beigezogen, der zur Deckung des Aufwands für den Sonderlastenausgleich Weite notwendig ist, höchstens jedoch im Umfang von 33 Prozent des Gesamtertrags der Strassenverkehrssteuern.*

⁹ Vgl. Art. 6 des Steuergesetzes, sGS 811.1.

Art. 47 Auszahlung

¹ Alle Finanzausgleichsbeiträge werden jährlich festgelegt und in mehreren Teilbeiträgen ausgezahlt.

Art. 48 Rückerstattung

¹ Zu Unrecht bezogene Beiträge sind mit Zinsen zurückzuerstatten.

VI. Schlussbestimmungen

(6.)

Art. 49 Übergangsausgleich
a) Grundsatz

¹ Der Übergangsausgleich stellt sicher, dass der II. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz vom 28. Januar 2014¹⁰ und der III. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz vom 31. Januar 2017¹¹ keine übermässige Erhöhungen des Steuerfusses in Gemeinden mit besonders hoher Steuerbelastung bewirken.*

² Er ersetzt den Übergangsausgleich nach Art. 49 bis 53 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. September 2007¹² in der Fassung vor Erlass des III. Nachtrags zum Finanzausgleichsgesetz vom 31. Januar 2017¹³.*

³ Er wird längstens bis Ende des Jahres 2022 angewendet.*

*Art. 50 b) Anspruch**

¹ Anspruch auf einen Ausgleichsbeitrag aus dem Übergangsausgleich haben Gemeinden, die ohne Ausgleichsbeitrag zur Erfüllung ihrer ordentlichen Aufgaben einen Steuerfuss erheben müssten, der den Übergangsausgleichssteuerfuss übersteigt.*

² ...*

*Art. 51 c) Übergangsausgleichssteuerfuss**

¹ Der Übergangsausgleichssteuerfuss beträgt 162 Prozent.*

² ...*

10 nGS 2014-037.

11 nGS 2017-020.

12 sGS 813.1.

13 nGS 2017-020.

813.1

Art. 52 d) *Ausgleichsbeitrag* 1. *Voraussetzungen**

¹ Die Gemeinde stellt jährlich Antrag, wenn sie einen Ausgleichsbeitrag beanspruchen will.*

² Der Ausgleichsbeitrag wird ausgerichtet, wenn die Gemeinde:*

- a)* nachweist, dass sie zumutbare eigene Anstrengungen, wie Zusammenarbeit oder Vereinigung mit anderen Gemeinden sowie weitere Strukturverbesserungen, unternimmt, um die künftige Steuerbelastung zu senken;
- b)* alle Beiträge nach diesem Erlass und ihre eigenen Mittel zur Erfüllung ihrer ordentlichen Aufgaben einsetzt;
- c)* den Steuerfuss wenigstens auf der Höhe des Übergangsausgleichssteuerfusses festsetzt.

³ ...*

Art. 53 2. *Bemessung**

¹ Der Ausgleichsbeitrag entspricht der Differenz zwischen dem mit der Einkommens- und Vermögenssteuer zu finanzierenden Aufwand der ersten Stufe der Erfolgsrechnung, der zur Erfüllung der ordentlichen Aufgaben notwendig ist, und dem Steuerertrag bei Anwendung des Übergangsausgleichssteuerfusses.*

² Er entspricht ab dem Jahr 2020 höchstens dem Durchschnitt der Übergangsausgleichsbeiträge, die in den vorausgehenden drei Jahren ausgerichtet worden sind.*

³ Das zuständige Departement legt den Ausgleichsbeitrag fest.*

Art. 54* ...

Art. 55 ¹⁴

Art. 56 ¹⁵

Art. 57 ¹⁶

Art. 58 ¹⁷

Art. 59 ¹⁸

14 Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

15 Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

16 Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

17 Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

18 Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

Art. 60 ¹⁹

Art. 61 ²⁰

Art. 62 *Aufhebung bisherigen Rechts*

¹ Das Finanzausgleichsgesetz vom 9. Juni 1985²¹ wird aufgehoben.

Art. 63 *Übergangsbestimmungen*
a) *Rückerstattung von Beiträgen*

¹ Guthaben aus dem Finanzausgleich nach bisherigem Recht werden zurückerstattet, soweit sie nicht mit den Beiträgen nach diesem Erlass verrechnet werden können.

Art. 64 b) *Wirksamkeitsbericht*

¹ Nach Ablauf des zweiten Jahres nach Vollzugsbeginn dieses Erlasses unterbreitet die Regierung dem Kantonsrat einen ersten ausserordentlichen Wirksamkeitsbericht.

Art. 64a* c) *des III. Nachtrags vom 31. Januar 2017*²²

¹ Während drei Jahren nach Vollzugsbeginn dieses Nachtrags steht den Gemeinden weiterhin der partielle Steuerfussausgleich nach Art. 31 bis 33 und Art. 35 bis 40 sowie Anhang 4 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. September 2007²³ in der Fassung vor Vollzugsbeginn dieses Nachtrags zur Verfügung.

² Abweichend von Art. 35 Abs. 1 und Anhang 4 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. September 2007²⁴ in der Fassung vor Vollzugsbeginn dieses Nachtrags gleicht der partielle Steuerfussausgleich folgenden Anteil der mit der Einkommens- und Vermögenssteuer zu finanzierenden Ausgaben aus, welche die Gemeinde über der Ausgleichsgrenze tätigt:

- a) im ersten Jahr 40 Prozent;
- b) im zweiten Jahr 30 Prozent;
- c) im dritten Jahr 15 Prozent.

19 Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

20 Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

21 nGS 37–72 (sGS 813.1).

22 nGS 2017-020.

23 sGS 813.1.

24 sGS 813.1.

813.1

Art. 65 *Vollzug*

¹ Die Regierung bestimmt den Vollzugsbeginn dieses Erlasses.

Art. 66 *Referendum*

¹ Dieser Erlass untersteht dem obligatorischen Finanzreferendum.²⁵

Art. 67* *Übergangsbestimmungen des Nachtrags zum Gemeindegesetz vom 28. Juni 2016*

¹ Gemeinden mit zusätzlichem Ausgleich wird ein Zehntel der Höhe der Aufwertungsreserve Verwaltungvermögen zum Zeitpunkt ihrer Bildung vom Ausgleichsbeitrag abgezogen.

² Diese Bestimmung gilt während zehn Jahren ab Vollzugsbeginn des Nachtrags zum Gemeindegesetz vom 28. Juni 2016 und wird sachgemäss auf die auf dem Gebiet der politischen Gemeinde bestehenden Schulgemeinden angewendet.

25 Art. 6 RIG, sGS 125.1.

* Änderungstabelle - Nach Bestimmung

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Erlass	Grunderlass	43-38	23.09.2007	01.01.2008
Art. 3, Abs. 1, b ^{bis})	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 3, Abs. 1, c)	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 7	geändert	48-75	29.01.2013	01.01.2013
Art. 7, Abs. 1, d)	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 7, Abs. 1, e)	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 7, Abs. 2	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 9, Abs. 2	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 10	geändert	48-75	29.01.2013	01.01.2013
Art. 11, Abs. 1	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 12, Abs. 1	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 13, Abs. 1, b)	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 13, Abs. 1, c)	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 13, Abs. 1, d)	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 13, Abs. 1, e)	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 13, Abs. 1, f)	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 13, Abs. 2	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 15	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 16	geändert	48-75	29.01.2013	01.01.2013
Art. 17	geändert	48-75	29.01.2013	01.01.2013
Art. 17, Abs. 1	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17, Abs. 2	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Gliederungstitel 3.1 ^{bis}	eingefügt	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 17a	eingefügt	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 17a ^{bis}	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17a ^{ter}	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17b	eingefügt	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 17b	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17c	eingefügt	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 17c	Artikeltitel ge- ändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17c, Abs. 1	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17c, Abs. 1, a)	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17c, Abs. 1, a), 1.	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17c, Abs. 1, a), 2.	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17c, Abs. 1, a), 3.	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17c, Abs. 1, b)	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17c, Abs. 1, c)	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17c, Abs. 1, d)	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17c, Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017

813.1

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Art. 17c, Abs. 2	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17d	eingefügt	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 17d	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17e	eingefügt	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 17e	Artikeltitlel ge-ändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17e, Abs. 1	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17e, Abs. 1, a)	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17e, Abs. 1, a), 1.	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17e, Abs. 1, a), 2.	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17e, Abs. 1, a), 2.	geändert	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 17e, Abs. 1, a), 3.	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17e, Abs. 1, a), 4.	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17e, Abs. 1, b)	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17e, Abs. 1, c)	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17e, Abs. 1, d)	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17e, Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17e, Abs. 2	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17f	eingefügt	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 17f	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17g	eingefügt	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 17g	Artikeltitlel ge-ändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17g, Abs. 1	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17g, Abs. 1, a)	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17g, Abs. 1, b)	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17g, Abs. 1, c)	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17g, Abs. 1, d)	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17g, Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17g, Abs. 2	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17h	eingefügt	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 17h	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 17i	eingefügt	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 17i	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 18, Abs. 1	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 19, Abs. 1	geändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 19, Abs. 1	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 19, Abs. 1, a)	eingefügt	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 19, Abs. 1, a)	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 19, Abs. 1, b)	eingefügt	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 19, Abs. 1, b)	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 19a	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 19b	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Art. 20	Artikeltitlel ge-ändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 20	Artikeltitlel ge-ändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 20, Abs. 1	geändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 20, Abs. 1	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 20, Abs. 1, a)	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 20, Abs. 1, b)	geändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 20, Abs. 1, b)	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 20, Abs. 1, c)	geändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 20, Abs. 1, c)	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 20, Abs. 1, d)	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 20, Abs. 2	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 20, Abs. 3	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 20a	eingefügt	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 20a	Artikeltitlel ge-ändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 20a, Abs. 1	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 20a, Abs. 1, a)	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 20a, Abs. 1, b)	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 20a, Abs. 1, c)	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 20a, Abs. 1, d)	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 20a, Abs. 2	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 21	Artikeltitlel ge-ändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 21, Abs. 1	geändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 21, Abs. 1	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 21, Abs. 1, a)	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 21, Abs. 1, b)	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 21, Abs. 2	eingefügt	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 21, Abs. 2	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 22	geändert	48–75	29.01.2013	01.01.2013
Art. 22	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 22, Abs. 1	geändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 22, Abs. 2	eingefügt	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 23	geändert	48–75	29.01.2013	01.01.2013
Art. 23	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 23, Abs. 1	geändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 23, Abs. 2	geändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 24, Abs. 1, b)	aufgehoben	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 25, Abs. 1	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 25, Abs. 2	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 25, Abs. 2, a)	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 25, Abs. 2, b)	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017

813.1

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Art. 25, Abs. 3	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 28	aufgehoben	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 29	aufgehoben	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 30	aufgehoben	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 30a	aufgehoben	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Gliederungstitel 3 ^{bis} .	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 30b	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 30c	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 30d	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 30e	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 30f	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 31	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 32	geändert	48-75	29.01.2013	01.01.2013
Art. 32	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 33	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 34	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 35	geändert	48-75	29.01.2013	01.01.2013
Art. 35	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 36	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 37	geändert	48-75	29.01.2013	01.01.2013
Art. 37	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 38	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 39	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 40	geändert	48-75	29.01.2013	01.01.2013
Art. 40	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 41	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 42	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 43	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 46, Abs. 2	geändert	2014-036	28.01.2014	01.01.2013
Art. 49, Abs. 1	geändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 49, Abs. 1	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 49, Abs. 2	geändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 49, Abs. 2	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 49, Abs. 3	eingefügt	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 50	Artikeltitel ge- ändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 50, Abs. 1	geändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 50, Abs. 2	aufgehoben	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 51	Artikeltitel ge- ändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 51, Abs. 1	geändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 51, Abs. 2	geändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 51, Abs. 2	aufgehoben	2017-020	31.01.2017	01.01.2017

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Art. 52	Artikeltitle ge-ändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 52, Abs. 1	geändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 52, Abs. 2	geändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 52, Abs. 2, a)	eingefügt	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 52, Abs. 2, b)	eingefügt	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 52, Abs. 2, c)	eingefügt	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 52, Abs. 3	aufgehoben	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 53	Artikeltitle ge-ändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 53, Abs. 1	geändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 53, Abs. 1	geändert	2018-099	28.06.2016	01.01.2019
Art. 53, Abs. 2	geändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 53, Abs. 2	geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 53, Abs. 3	eingefügt	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 54	aufgehoben	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Art. 64a	eingefügt	2017-020	31.01.2017	01.01.2017
Art. 67	eingefügt	2018-099	28.06.2016	01.01.2019
Anhang 1 - 5	Name und In-halt geändert	2014-037	28.01.2014	01.01.2014
Anhang 1 - 5	Inhalt geändert	2017-020	31.01.2017	01.01.2017

* Änderungstabelle - Nach Erlassdatum

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
23.09.2007	01.01.2008	Erlass	Grunderlass	43-38
29.01.2013	01.01.2013	Art. 7	geändert	48-75
29.01.2013	01.01.2013	Art. 10	geändert	48-75
29.01.2013	01.01.2013	Art. 16	geändert	48-75
29.01.2013	01.01.2013	Art. 17	geändert	48-75
29.01.2013	01.01.2013	Art. 22	geändert	48-75
29.01.2013	01.01.2013	Art. 23	geändert	48-75
29.01.2013	01.01.2013	Art. 32	geändert	48-75
29.01.2013	01.01.2013	Art. 35	geändert	48-75
29.01.2013	01.01.2013	Art. 37	geändert	48-75
29.01.2013	01.01.2013	Art. 40	geändert	48-75
28.01.2014	01.01.2014	Gliederungstitel 3.1 ^{bis}	eingefügt	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 17a	eingefügt	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 17b	eingefügt	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 17c	eingefügt	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 17d	eingefügt	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 17e	eingefügt	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 17f	eingefügt	2014-037

813.1

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
28.01.2014	01.01.2014	Art. 17g	eingefügt	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 17h	eingefügt	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 17i	eingefügt	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 19, Abs. 1	geändert	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 19, Abs. 1, a)	eingefügt	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 19, Abs. 1, b)	eingefügt	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 20	Artikeltitel ge- ändert	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 20, Abs. 1	geändert	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 20, Abs. 1, b)	geändert	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 20, Abs. 1, c)	geändert	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 20a	eingefügt	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 21, Abs. 1	geändert	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 21, Abs. 2	eingefügt	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 22, Abs. 1	geändert	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 22, Abs. 2	eingefügt	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 23, Abs. 1	geändert	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 23, Abs. 2	geändert	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 24, Abs. 1, b)	aufgehoben	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 28	aufgehoben	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 29	aufgehoben	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 30	aufgehoben	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 30a	aufgehoben	2014-037
28.01.2014	01.01.2013	Art. 46, Abs. 2	geändert	2014-036
28.01.2014	01.01.2014	Art. 49, Abs. 1	geändert	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 49, Abs. 2	geändert	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 49, Abs. 3	eingefügt	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 50	Artikeltitel ge- ändert	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 50, Abs. 1	geändert	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 50, Abs. 2	aufgehoben	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 51	Artikeltitel ge- ändert	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 51, Abs. 1	geändert	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 51, Abs. 2	geändert	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 52	Artikeltitel ge- ändert	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 52, Abs. 1	geändert	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 52, Abs. 2	geändert	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 52, Abs. 2, a)	eingefügt	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 52, Abs. 2, b)	eingefügt	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 52, Abs. 2, c)	eingefügt	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 52, Abs. 3	aufgehoben	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 53	Artikeltitel ge- ändert	2014-037

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
28.01.2014	01.01.2014	Art. 53, Abs. 1	geändert	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 53, Abs. 2	geändert	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 53, Abs. 3	eingefügt	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Art. 54	aufgehoben	2014-037
28.01.2014	01.01.2014	Anhang 1 - 5	Name und Inhalt geändert	2014-037
28.06.2016	01.01.2019	Art. 53, Abs. 1	geändert	2018-099
28.06.2016	01.01.2019	Art. 67	eingefügt	2018-099
31.01.2017	01.01.2017	Art. 3, Abs. 1, b ^{bis})	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 3, Abs. 1, c)	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 7, Abs. 1, d)	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 7, Abs. 1, e)	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 7, Abs. 2	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 9, Abs. 2	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 11, Abs. 1	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 12, Abs. 1	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 13, Abs. 1, b)	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 13, Abs. 1, c)	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 13, Abs. 1, d)	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 13, Abs. 1, e)	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 13, Abs. 1, f)	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 13, Abs. 2	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 15	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17, Abs. 1	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17, Abs. 2	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17a ^{bis}	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17a ^{ter}	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17b	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17c	Artikeltitle geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17c, Abs. 1	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17c, Abs. 1, a)	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17c, Abs. 1, a), 1.	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17c, Abs. 1, a), 2.	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17c, Abs. 1, a), 3.	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17c, Abs. 1, b)	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17c, Abs. 1, c)	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17c, Abs. 1, d)	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17c, Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17c, Abs. 2	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17d	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17e	Artikeltitle geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17e, Abs. 1	geändert	2017-020

813.1

Erlasdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17e, Abs. 1, a)	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17e, Abs. 1, a), 1.	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17e, Abs. 1, a), 2.	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17e, Abs. 1, a), 3.	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17e, Abs. 1, a), 4.	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17e, Abs. 1, b)	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17e, Abs. 1, c)	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17e, Abs. 1, d)	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17e, Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17e, Abs. 2	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17f	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17g	Artikeltitlel ge- ändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17g, Abs. 1	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17g, Abs. 1, a)	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17g, Abs. 1, b)	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17g, Abs. 1, c)	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17g, Abs. 1, d)	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17g, Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17g, Abs. 2	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17h	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 17i	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 18, Abs. 1	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 19, Abs. 1	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 19, Abs. 1, a)	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 19, Abs. 1, b)	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 19a	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 19b	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 20	Artikeltitlel ge- ändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 20, Abs. 1	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 20, Abs. 1, a)	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 20, Abs. 1, b)	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 20, Abs. 1, c)	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 20, Abs. 1, d)	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 20, Abs. 2	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 20, Abs. 3	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 20a	Artikeltitlel ge- ändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 20a, Abs. 1	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 20a, Abs. 1, a)	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 20a, Abs. 1, b)	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 20a, Abs. 1, c)	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 20a, Abs. 1, d)	eingefügt	2017-020

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
31.01.2017	01.01.2017	Art. 20a, Abs. 2	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 21	Artikeltitel geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 21, Abs. 1	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 21, Abs. 1, a)	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 21, Abs. 1, b)	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 21, Abs. 2	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 22	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 23	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 25, Abs. 1	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 25, Abs. 2	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 25, Abs. 2, a)	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 25, Abs. 2, b)	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 25, Abs. 3	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Gliederungstitel 3 ^{bis} .	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 30b	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 30c	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 30d	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 30e	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 30f	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 31	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 32	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 33	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 34	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 35	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 36	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 37	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 38	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 39	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 40	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 41	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 42	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 43	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 49, Abs. 1	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 49, Abs. 2	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 51, Abs. 2	aufgehoben	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 53, Abs. 2	geändert	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Art. 64a	eingefügt	2017-020
31.01.2017	01.01.2017	Anhang 1 - 5	Inhalt geändert	2017-020
25.04.2017	01.01.2018	Art. 17e, Abs. 1, a), 2.	geändert	2017-064